

»Nötig sind regionale Kreisläufe«

Zur Grünen Woche wird in Berlin wieder für eine ökologische und soziale Agrarwende demonstriert. TTIP bedroht Umwelt- und Verbraucherschutz. **Gespräch mit Kirsten Tackmann**

Zum Auftakt der Grünen Woche findet an diesem Sonnabend zum fünften Mal eine Großdemonstration für eine soziale und ökologische Agrarwende und gegen »Tierfabriken« statt. Die Organisatoren wenden sich aber auch gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Sind denn Warnungen vor Hormonfleisch, vor Chlorhühnchen und der Invasion der Gempflanzen im Zusammenhang mit TTIP noch begründet?

Insbesondere die Unionsparteien sind hier sehr um Entwarnung bemüht. Und auch EU-Kommissar Phil Hogan, mit dem die Agrarpolitiker im Bundestag am Donnerstag ein Gespräch hatten, meinte, wir müssten uns da gar keine Sorgen machen. Möglicherweise stimmt es sogar, dass TTIP zunächst keine Nivellierung geltender Standards bringen wird. Die viel größere Gefahr liegt aber in den zugleich geplanten privaten Schiedsgerichten. Vor denen könnten Konzerne künftig zum Beispiel gegen neue Gesetze zu Umweltauflagen klagen. Sie können dann entweder verlangen, dass die Standards nicht erhöht werden oder dass die Staaten den erwarteten Profitausfall bezahlen, also letztlich die Bürger. Deshalb finde ich, dass TTIP generell gestoppt werden muss, weil es ein Angriff auf den Rechtsstaat ist.

Tierhaltung in großen Beständen bleibt ein Problem, gerade für die Umwelt. Am Mittwoch hat der von der Bundesregierung berufene Sachverständigenrat für Umweltfragen ein Gutachten vorgelegt, in dem wegen der wachsenden Stickstoffbelastung von Böden und Grundwasser Alarm geschlagen wird. Unter anderem wird die Einführung einer Abgabe für Agrarbetriebe bei Überschreitung bestimmter Grenzwerte hinsichtlich der Stickstoffemissionen gefordert. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

Wir müssen auf jeden Fall was machen. Stickstoff hat die Eigenschaft, dass er sich nicht abbaut, dass wir also sehr lange etwas davon haben. Es gibt zum Beispiel Altlasten, die schon 40 Jahre lang existieren, andererseits kommen immer neue Einträge hinzu. Wir tendieren als Linke dazu, solche Forderungen zu unterstützen.

Die Situation ist dabei aber regional sehr unterschiedlich. In Brandenburg haben wir zum Beispiel viele Gebiete, in denen organischer Dünger fehlt, weil kaum noch Tiere gehalten werden – und wo teilweise auch zu viel mineralischer Stickstoff eingesetzt wird. Andererseits fehlen in Niedersachsen Hunderttausende Hektar, um die durch die vielen gewerblichen Mastbetriebe anfallende Gülle auszubringen. Deshalb muss die Tierhaltung sinnvoll verteilt und flächengebunden organisiert werden – so, dass man nicht über »Entsorgung« redet, sondern über wertvollen Dünger, der wieder in den betrieblichen Stoffkreislauf zurückgeht. Wir brauchen solche regionalen Kreisläufe, die Entkopplung von Ackerbau und Tierhaltung muss wieder aufgehoben werden.

Was wäre aus Ihrer Sicht vonseiten der Bundespolitik möglich und nötig, um eine tier- und um-



Das Demobündnis »Wir haben es satt« veranstaltete im vergangenen Jahr nicht nur zur Grünen Woche, sondern auch bundesweit Protestaktionen gegen Massentierhaltung wie hier am 31. August in Potsdam

weltgerechte Erzeugung tierischer Lebensmittel zu fördern bzw. zu sichern?

Uns ist wichtig, dass bei den Profiteuren angesetzt wird. Wir haben aber ganz klar gesagt: 40.000 Schweine oder 400.000 Hähnchen an einem Standort sind deutlich zu viel. Das ist auch eine ethische Frage. Denn wenn zum Beispiel Tierseuchen ausbrechen, dann muss immer der gesamte Bestand getötet werden.

Stichwort Gentechnik: Das EU-Parlament hat vor wenigen Tagen eine Richtlinie beschlossen, die nationale Anbauverbote für genmanipulierte Sorten erleichtern soll. Sie haben in diesem Zusammenhang die Bundesregierung kritisiert. Warum?

Grundsätzlich hatten wir die Position, dass solche Pflanzen EU-weit gar nicht erst zugelassen werden. Aber die Möglichkeit nationaler Verbote ist ein kleiner Fortschritt. Die Frage ist jedoch, wie das in Deutschland umgesetzt wird. Da habe ich große Sorge, dass es keine einheitliche Lösung geben wird, sondern einen Flickenteppich, wenn die Aufgabe, über Verbote zu entscheiden, an die Länder delegiert wird.

Mit der neuen Richtlinie ist aber auch die Gefahr verbunden, dass Sorten auf EU-Ebene viel schneller zugelassen werden – und dass auch die Bundesregierung mit dem Verweis darauf, dass man ja national verbieten kann, dort für die Genehmigung stimmt. Auf eine kleine Anfrage hin hat uns die Regierung gerade bestätigt, dass sie genau so vorgehen wird.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, SPD, hat angekündigt, sie wolle ein für die gesamte Bundesrepublik geltendes generelles Zulassungsverbot durchsetzen ...

Das wäre auch aus meiner Sicht die einzige vernünftige Lösung. Denn die sogenannte Koexistenz gentechnikfreier und genetisch veränderter Kulturen ist faktisch nicht möglich. Pollen wer-

den über große Entfernungen durch Insekten weitergetragen. Die machen nicht an Ländergrenzen halt, Verunreinigungen von konventionellen Kulturen wären programmiert. Allerdings entscheidet darüber letztlich Agrarminister Christian Schmidt.

Sie haben Verunreinigungen erwähnt. Die spielen auch bei der aktuellen Debatte um eine von der EU-Kommission vorangetriebene sogenannte Totalrevision der Ökoverordnung der Europäischen Union eine Rolle, gegen die Biolandbauverbände und -Lebensmittelwirtschaft Sturm laufen ...

Das liegt daran, dass der noch vom ehemaligen EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș eingebrachte Vorschlag für eine neue Verordnung ein Paradigmenwechsel bei der Charakterisierung von Produkten als »bio« wäre. Bislang gilt, dass ein Produkt das EU-Biosiegel bekommt, das auf bestimmte Art und Weise, also ohne Einsatz leichtlöslicher mineralischer Dünger und von Pestiziden zum Beispiel, erzeugt wurde. Definiert ist also der Prozess der Herstellung.

Der neue Verordnungsentwurf sieht nun vor, dass fast ausschließlich das Produkt selbst bestimmte Kriterien erfüllen und sehr niedrige Grenzwerte zum Beispiel bei Pestizidrückständen nicht überschreiten darf. Das kann dazu führen, dass Biobauern aufgrund erhöhter Werte, die nicht sie, sondern Nachbarbetriebe verschuldet haben, ein Siegel aberkannt wird. Für die Aberkennung soll es dann zwar Entscheidungen geben, aber die fangen in keiner Weise die Verluste und die mit den neuen Regelungen verbundenen erheblich höheren Kosten für Produktkontrollen auf.

In der Frage der EU-Ökoverordnung herrscht aber im Bundestag ausnahmsweise in allen Parteien Einigkeit darüber, dass es zu dieser grundlegenden Änderung nicht kommen darf. Es bleibt abzuwarten, wie das auf EU-Ebene entschieden wird.



Kirsten Tackmann ist agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Interview: Jana Frielinghaus

■ Fressmesse Grüne Woche zieht immer mehr Gegner an

Wenn am Samstag die Grüne Woche zum 80. Mal ihre Tore für den Besucherverkehr öffnet, wird auch wieder gegen den Status quo in Lebensmittelindustrie und Landwirtschaft mit dem Zwang zu immer mehr Produkten in immer größeren Mengen – und den Folgen für Mensch, Tier und Umwelt – protestiert. Es ist bereits die fünfte Demonstration in Folge, ins Leben gerufen wurde die Aktion von der Initiative »Meine Landwirtschaft«. Erneut werden dazu rund 20.000 Teilnehmer erwartet.

Partnerland der nach Veranstalterangaben »weltgrößten Verbraucherschau für Landwirtschaft, Ernährung und Gartenbau« ist in diesem Jahr Lettland. 1.660 Aussteller aus 68 Ländern präsentieren Produkte aus aller Welt.

Erneut wird auch die Bundeswehr mit einem Stand vertreten sein, deren Sanitätsdienst vorgeblich insbesondere über gesunde Ernährung referieren will. Die Marschverpflegung der Rekruten müsse »sowohl unter extremen klimatischen Bedingungen wie auch bei Frosttiefen bis minus 40 Grad Celsius oder tropischen Temperaturen eine lange Lagerfähigkeit aufweisen als auch noch genussvoll schmecken«, heißt es dazu auf der Webseite der Jugendoffiziere der Truppe. Im vergangenen Jahr war auch ein Sanitätspanzerfahrzeug vor Ort.

Wie das Onlineportal *spdnknews* berichtet, ist Russland trotz des Wirtschaftskrieges zwischen Moskau und der EU wegen der Ukraine-Krise erneut der größte Aussteller. 170 Unternehmen aus 15 Regionen sind derzeit in Berlin vertreten. Sie wollen während der Messe Geschäftsvereinbarungen »mit einem Gesamtvolumen von 102 Millionen Euro« unterzeichnen, wie das russische Landwirtschaftsministerium mitteilt.

Im Vorfeld der Grünen Woche fand vom 15. bis 17. Januar auf dem Messegelände auch das siebte »Global Forum for Food and Agriculture« (GFFA) statt, von den Veranstaltern als das »Davos der Land- und Ernährungswirtschaft« gepriesen. Gründungsmitglieder sind u. a. die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, der Deutsche Bauernverband und der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA). Leitthema des Forums: »Die Agrarproduktion steigern und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten« – alles selbstredend »nachhaltig«. Auf dem GFFA vertretene Firmen waren u. a. die Südzucker AG, der US-Maschinenhersteller John Deere, Weltmarktführer bei Landtechnik, und der Agrochemiekonzern Bayer CropScience. Zum Abschluss des GFFA findet am Samstag zudem der »Berliner Agrarministerjüngel« statt, an dem 70 Ressortchefs aus aller Welt teilnehmen werden.

(jf)